

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie

- Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik -

Offener Brief an Jürgen Trittin MdB

von

Tristan Abromeit

24. August 2011

www.tristan-abromeit.de

Text 96.1

Ergänzungen ¹

September 2011

Kommentierte Meldungen zu:

Inflation und Deflation

Wechselkursstabilisierung der Schweizer Notenbank

Lob für die Arbeit von "Helikopter-Ben"

EZB legt eine Zinspause ein

Abgang eines Euro-Hüters lässt Börsen zittern

"Falsches Parteibuch bremst Karriere nicht"

¹ Zitate: einzeilig, zentriert in Bookman Old Style, eigene Kommentare: linkbündig, 1 1/2-zeilig in Times New Roman geschrieben.

Inflation versus Deflation

Die Inflation sorgt dafür, dass das Geld immer weniger wert wird. Dies äußert sich darin, dass die Preise steigen. In gewissem Maße ist das sogar positiv. Die Geldentwertung bringt die Menschen dazu, ihr Geld auszugeben und sorgt somit für Wirtschaftswachstum. Die Europäische Zentralbank strebt daher eine jährliche Inflationsrate von rund 2 Prozent pro Jahr an.

Derzeit steigen die Verbraucherpreise auf Jahressicht um 2,5 Prozent.

Manche Experten halten auch Inflationsraten von 3 bis 4 Prozent für akzeptabel. Steigen die Preise um mehr als 50 Prozent pro Monat, spricht man von einer Hyperinflation. Der Ausweg aus einer Hyperinflation ist meist eine Währungsreform.

Bei einer Deflation sinken dagegen die Preise. Auf den ersten Blick scheint das eine schöne Sache zu sein. Das Problem dabei: Verbraucher kaufen zum Beispiel kein neues Auto, wenn sie damit rechnen, dass es in einem Monat billiger ist. In der Folge senken die Firmen die Preise weiter - und die Verbraucher warten weiter ab.

Eine Deflation wird von den meisten Ökonomen als das größere Übel betrachtet. Während eine Inflation durch höhere Zinsen und notfalls eine Währungsreform gestoppt werden kann, sind die Mittel begrenzt, eine Deflation zu bekämpfen. Als Ausweg aus der Deflation muss der Staat als Nachfrager auftreten und zum Beispiel investieren. Angesichts der immensen Staatsverschuldung kommt das heute kaum in Frage. ah

(Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 5. September
aus der Rubrik "Verbraucher / Finanzen", S.23)

An dieser Darstellung ist bemerkenswert, daß in den anderen Beiträgen zum Inflationsziel von 2% p.a. der Europäischen Zentralbank (EZB) - die ich zur Kenntnis genommen habe - der Sachverhalt immer so dargestellt wurde, als sei es sachlich unmöglich, ein Inflationsziel von 0 % - also die Preisniveaustabilität - zu erreichen. Vielmehr wurde von der EZB und der Presse dem Publikum immer suggeriert, daß 2% Inflation p. a. schon die maximale Preisniveaustabilität bedeute. In Bezug auf den Wirtschaftsjournalismus ist hier zu fragen, ob die Meldungen von Ahnungslosigkeit diktiert oder eine bezahlte Desinformation waren. Und die Beschreibung macht auch deutlich, daß die EZB um die Bedeutung der Geldhortung und der Wirkung eines instabilen Geldkreislaufes mehr weiß, als sie zugibt. Die ganze Berichterstattung über die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen in Bezug auf die Währungsprobleme bleiben aber ungenau, nebelhaft, weil eine Verwirrung darüber herrscht, was denn nun Geld sei und was nicht. Selbst die EZB addiert kurzfristiges Kapital (Giralgeld = Forderungen auf Bar-Geld) und das (Bar-)Geld zu einem Aggregat zusammen. Das ist so, als wenn

ein Koch Salz und Zucker unter dem Begriff Süßungsmittel zusammenfaßt. Dieser Hinweis ist erforderlich, damit nicht vermutet werden kann, daß hier - wenn von Geld die Rede ist - etwas übersehen wird. Wenn es um die Preisniveaustabilität - oder anders benannt -, die Währungsstabilität geht, dann dreht es sich um das (Bar-)Geld - also Banknoten / Scheine und Münzen. Das Giralgeldsystem mit Schecks, Überweisungen und "Plastikgeld" beeinflusst das Geldvolumen nur insofern, weil es die Umschlaghäufigkeit des Geldes erhöht. Es macht möglich, daß mit einer bestimmten von der Notenbank ausgegebenen Geldmenge mehr Umsätze getätigt werden können, als wenn das (Bar-)Geld jeweils vom Käufer zum Verkäufer, vom Schuldner zum Gläubiger transportiert werden müßte. ²

Und selbst die mit Anspruch der Aufklärung auftretende Darstellung im obigen HAZ-Bericht ist lückenhaft. Richtig ist, daß unter den gegebenen Umständen das Erreichen des Ziels der Preisniveaustabilität das Risiko der Deflation heraufbeschwört. Aber warum wird nicht erklärt, welche Ursache dieser Gefahr zugrunde liegt und warum wird nicht gesagt, welche stabilitäts- und marktkonforme Maßnahmen es dagegen gibt, und warum sie nicht eingesetzt werden. Bevor ich diese Frage weiter verfolge, will ich erst auf die Deflation, eingehen, deren Wirkung halbwegs richtig in dem Artikel beschrieben wurde.

Die Angst vor einer Deflation ist berechtigt. Immerhin hat die Deflation Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts der Republik das Genick gebrochen und den Nationalsozialismus an die Macht gebracht. Dabei kann man nicht sagen, daß die damals verantwortlichen Politiker und Notenbanker aus Böswilligkeit gehandelt haben, sondern sie waren Gefangene von falschen Vorstellungen, wie eine Währung zu gestalten und zu handhaben ist. Sie unterscheiden sich im Ausmaß irriger Vorstellungen nicht wesentlich von den heute verantwortlich handelnden Personen.

Gerhard Ziemer ³, der diese Zeit gut - auch auf Grund eigener Erfahrungen - analysiert hat, schreibt in seinem Buch *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*, 1971, in dem Kapitel:

2 Siehe auch: Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität / Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem, Artur Woll, Siegen. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.2%20Glasnost%20BB%20Anlage%20II.pdf>

3 Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg. Quelle: Buchumschlag

Die Deflationspolitik der Regierung Brüning

Die sachlich zutreffende Bezeichnung »Deflationspolitik« für die innenpolitischen Maßnahmen der Regierung Brünings bedarf einer Einschränkung. Die Bezeichnung unterstellt, daß in dieser Hinsicht beim Reichskanzler Brüning und auch beim Reichsbankpräsidenten Luther ein bewußtes gesamtwirtschaftliches Handeln vorlag, eine Art Grundsatzentscheidung zur Bekämpfung der Krise. So war es aber nicht. Weder Brüning noch Luther waren sich darüber klar, Deflationspolitik im heute verstandenen Sinn zu betreiben. Das Wort Deflation kam auch erst im späteren Verlauf der Krise auf ohne genaue Verdeutlichung seines Inhalts. Brüning und Luther wollten auch gar nicht die Krise als solche mit einer bestimmten Wirtschaftspolitik, wir würden heute sagen Konjunkturpolitik, bekämpfen. Sie wollten vielmehr, trotz aller wirtschaftlichen und finanziellen Bedrängnisse, die für sie unerwartet gekommen waren, die Grundsätze weiter anwenden, die nach Ende der Inflation bisher für die Staatsfinanzen und für die Reichsbank gegolten hatten.

... (S. 120)

Diese entscheidungsbedürftigen Fragen, die in der Krise nacheinander und auch gleichzeitig auftraten, fielen zunächst nur in die Zuständigkeit der Reichsregierung, wo sie im Endergebnis zu Fragen der Haushaltsdeckung wurden. Die Reichsbank hatte nach ihrer damaligen Auffassung damit nichts zu tun. Luther und die Reichsbank sahen sich an der Krise erst beteiligt, als die Reichsbank infolge der Rückzahlung der gekündigten Auslandskredite ihren Gold- und Devisenbestand verlor und nun mit dem weiteren Transfer und der gesetzlich vorgeschriebenen Deckung des Notenumlaufs in Schwierigkeiten geriet und als dann die Fragen auftauchten, die mit der Illiquidität der Banken, der sogenannten Bankenkrise, im Zusammenhang standen. Noch dreißig Jahre später hat Luther sein Rechtfertigungs- und Erinnerungsbuch »Vor dem Abgrund - Reichsbankpräsident in Krisenzeiten« fast ausschließlich auf diesen Teilbereich der Krise beschränkt, dem er in den Einzelheiten nachgeht, der aber doch nur eine unvermeidliche Auswirkung des Ganzen der Krise

war. ... (S.121)

Hier vereinigten sich eine Haushaltskrise und eine Währungskrise, die letztlich ihre Ursache in der Anbindung der Reichsmark an eine Golddeckung hatte, die mit einem kreditfinanzierten Kauf von Gold im Ausland durch die Republik ermöglicht wurde. Das war an sich schon wahnsinnig, weil es Deutschland unnötig eine große Zinslast aufbürdete und das Gold, das dann in den Tresoren begraben wurde, nichts mit der Stabilität des Geldes, mit der Währung, zu tun hatte. Die Währungsstabilität - die Kaufkraft des Geldes - ist dann gegeben, wenn das umlaufende Geld mit dem Warenangebot im Markt im Gleichgewicht ist. Als dann in der

Wirtschaftskrise von 1929 - zuerst in den USA - Deutschland die Kredite gekündigt wurden, die es für den Ankauf von Gold aufgenommen hatte, glaubte die Zentralbank - um das Deckungsverhältnis Gold zu Geld einhalten zu können - sie müsse die ausgegebene Geldmenge verringern.

Wenn aber die Geldmenge verringert wird oder die Umschlaghäufigkeit des Geldes sich bei einem gegebenen Marktvolumen verlangsamt, bekommt jede Geldeinheit eine größere Kaufkraft oder anders gesehen, dann purzeln die Preise in den Keller. Da aber bei fallenden Preisen in allen Büros, wo kaufmännisch gedacht wird, die Alarmglocken läuten, weil jegliche Sicherheit für die Kalkulationen entfällt, werden alle Aufträge gestoppt oder hinausgezögert. Die Krise tritt dann so sicher ein, wie das Amen in der Kirche gesprochen wird.

Es ist nicht so, daß es damals keine Einsicht in diese Zusammenhänge gegeben hat. Nur war dieses Wissen nicht in den Köpfen der Verantwortlichen, sondern nur in jenen von Minderheiten ohne Einwirkungsmacht, zu der die Vertreter der Freiwirtschaftschule gehörten. Aber diese konnten sich damals genauso wenig Gehör bei den Parlamentariern und den demokratischen Parteien verschaffen wie heute. Die Situation ist nicht die gleiche, aber durchaus ähnlich. Einer der wenigen Wirtschaftswissenschaftler, die damals den ganze Völker verderbenden Goldwahn bekämpft haben, war der Schwede, Gustav Cassel. In seinem Buch "Der Zusammenbruch der Goldwährung", deutsch 1937, ist da einiges zu erfahren. Er schreibt zum Beispiel:

Was man auch immer von Dr. Schachts Währungspolitik und seiner Art, die deutsche Währung unter der nationalsozialistischen Regierung zu manipulieren, denken mag, man muß ihm auf jeden Fall das große Verdienst zuerkennen, daß er ein für allemal den Humbug, eine Währung mittels geliehener Goldreserven zu "stärken", entlarvt hat. (S.176).

Will Noebe ⁴ zeichnet in seinem Buch "Geheime Mächte" ⁵ ein anderes Bild von Schacht. Ich werde in einer gesonderten Datei das Kapitel "Dr. Greely Hjalmar Schacht" dokumentieren. Die Angst vor einer Deflation steckt den Wirtschaftspolitikern und Notenbankern zu recht im Nacken. Diese Angst schützt sie aber nicht davor, andere gravierende währungspolitische Fehler zu machen.

4 Dr. Will Noebe war 1924 mit Raoul H. Francé der Begründer der Zeitschrift Telos (Das Ziel). In einer Dokumentation von 1975 beschreibt er die ersten 50 Jahre der Existenz dieser Zeitschrift. Siehe: http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.40%20Noebe%20Diehl%20Hahn%20Doku.pdf
In dem Taschenbuch "Wie es wirklich war" beschreibt er seine 7 1/2 Jahre dauernde Zeit als politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien.

5 Sein Verständnis von den geheimen Mächten gebe ich in der Dokumentation 96.2 wieder.

Ich komme zu einzelnen Punkten des HAZ-Aufklärungsbeitrages: Es heißt richtig:

Die Inflation sorgt dafür, dass das Geld immer weniger wert wird. Dies äußert sich darin, dass die Preise steigen.

Das hört sich gar nicht bedrohlich an. Ist der Vorgang deshalb harmlos? Stellen wir uns vor, die Maßeinheiten Liter, Kilogramm und Meter würden pro Jahr um 2% schrumpfen. Die Verunsicherung und der Zank um das richtige Maß würden zur großen gesellschaftlichen Unzufriedenheit, wenn nicht gar zu Bürger- und Völkerkriegen führen. Das Geld ist aber nicht nur ein Tauschvermittler bei Gütern und Leistungen, sondern auch eine Maßeinheit für ökonomische Werte. Bei kurzfristigen Geschäften, bei der vom Einkauf bis zum Verkauf ein viertel Jahr vergeht, ist bei einer Inflationsrate von 2% p.a. Nur 0,5 % Verlust. Dieser Verlust von einem halben Prozent läßt sich bei normaler Konkurrenzsituation leicht in den Preis einkalkulieren. Wer aber einem Freund einen Kredit mit fünfjähriger Laufzeit zinslos gewährt, hat einen Verlust von 10 % zu tragen. Wird aber der gleiche Betrag zu einer Sparkasse getragen und der Zinssatz entspricht der Inflationsrate, dann muß der Einleger, wenn er mit den Zinseinnahmen seinen Steuerfreibetrag überschreitet, den Zins - hier als Wertausgleich für den Inflationsverlust gesehen - als Einkommen versteuern. Zwei Prozent Inflation bedeutet auch, daß die Rente und die Lohneinkommen um zwei Prozent gekürzt werden. Eine Rentenanpassung wird danach gar nicht oder mit Verzögerung vorgenommen. Die faktische Lohnkürzungen lösen immer wieder Streiks aus, die a) volkswirtschaftliche Verluste und b) Eingriffe in die Rechte Unbeteiligter auslösen. Daß die dann erfolgten Angleichungen der Löhne an das neue Preisniveau von dem Steuersystem als Einkommenserhöhungen mit der Folge der Steuererhöhungen (kalte Progression genannt) gewertet werden, wird sogar schon unter Parlamentariern beklagt - aber ohne, daß wirklich dagegen etwas unternommen wird. Die wenigsten Konsumenten haben eine Vielzahl von Preisen im Kopf, aber es stellt sich ein Gespür dafür ein, ob einzelne Preise gerechtfertigt sind. Dieses Gespür wird durch Inflationsraten ständig verfälscht. Die Kaufleute werden dann als Preistreiber verdächtigt. Eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Gemeinwesen wird gefördert. Ich wiederholte aus dem Zitat auf Seite 2:

In gewissem Maße ist das sogar positiv. Die Geldentwertung bringt die Menschen dazu, ihr Geld auszugeben und sorgt somit für Wirtschaftswachstum. Die Europäische Zentralbank strebt daher eine jährliche Inflationsrate von rund 2 Prozent pro Jahr an. Derzeit steigen die Verbraucherpreise auf Jahressicht um 2,5 Prozent. Manche Experten halten auch Inflationsraten von 3 bis 4 Prozent für akzeptabel.

Erinnern wir uns: Eine Vollbeschäftigung kann es nur geben, wenn die Märkte geräumt wer-

den, das heißt wenn das Einkommen auch wieder voll zur Nachfrage wird - entweder direkt durch die Tätigkeit der Einkommensbezieher oder über den Umweg der Kreditgewährung, das ist eine befristete Übertragung von Ansprüchen auf nicht spezifizierte Güter im Markt auf Marktteilnehmer, die diese Ansprüche noch nicht erworben haben, sich aber verpflichten, diese in Zukunft zu erwerben und an den Kreditgeber zurück zu übertragen.

Da aber das heutige Geld sich gut als Wertaufbewahrungsmittel von ökonomischen Werten eignet, wird der Kreislaufweg des Geldes vom Einkommen zur Nachfrage und wieder in das Einkommen etc. oft umgangen, indem es in Horten landet. Dies tritt besonders dann ein, wenn das Zinsniveau unter 3% sinkt. Keynes spricht hier von der Liquiditätsfalle des Geldes. Nun wäre ein niedriges Zinsniveau für die Produktion ja ein Vorteil, weil es eine Kostensenkung bedeutet. Der Haken daran ist nur, daß die Bereitschaft, Geld auf dem Kreditwege in den Verkehr zu geben, stark nachläßt, wenn der Zins unter drei Prozent ⁶ sinkt. Eine gleiche Wirkung hat die Verlangsamung des Geldumschlages, der besonders in Krisenzeiten auftritt – siehe die Meldungen, daß Banken sich gegenseitig kein Geld mehr zur Verfügung stellen.

Die Inflationsrate von 2% soll nun einen Druck auf die Geldhalter ausüben, um mit ihrem Geld das zu tun, wofür es gedacht ist, nämlich Nachfrage zu halten. Man weiß mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der EZB, daß die 2% Inflation dazu nicht ausreichen. Man traut sich aber nicht, eine höhere Inflationsrate einzusetzen, weil die Erfahrungen mit Geldentwertungen sich tief in das Bewußtsein der Bürger eingegraben haben – auch durch eine Tradierung der Erfahrung. Es gibt nun auch eine solide gedachte Konzeption der Geldumlaufsisicherung, die mit einer Inflationsrate um die 5% operiert. Dieses Konzept arbeitet aber gleichzeitig mit Indexklausel für alle vertraglich vereinbarten Geldbeträge. Das heißt, z. B. alle Löhne und Renten würden automatisch an das jeweils neue Preisniveau angepaßt.

Ich habe nun den Begriff Geldumlaufsisicherung benutzt. Dieser Begriff benennt eine Technik, die dafür sorgt, daß das Geld konstant in seiner Gesamtmenge und Umschlaghäufigkeit umläuft, also in seiner Umlaufgeschwindigkeit ⁷ konstant ist. Diese Umlaufsisicherung ist aus mehrerlei Gründen notwendig:

6 Die kritische Höhe des Zinsniveaus, in der die Liquiditätsfalle aktiv wird, wird in der Literatur unterschiedlich angegeben. Es gibt Angaben von 2,5% aber auch solche von 4 – 3 %. Es gibt auch Quellen, die auf genauere Auswertungen von historischem Material verweisen.

7 Diese darf man sich aber nicht losgelöst vom Takt der Leistungserbringung vorstellen, sondern nur als eine Beschleunigung oder Verzögerung.

1. Da die Preisniveaustabilität – wie schon gesagt – von der Menge des im Umlauf befindlichen Geldes im Verhältnis zu der im Markt befindlichen Gütermenge abhängt, die Notenbanken heute aber nie wissen, wieviel von dem von ihnen herausgegebenen Geld tatsächlich umläuft, müssen sie mit einer demokratisch nicht legitimierten - in der Wirkung unsicheren - Notenbankpolitik, hantieren. Eine Umlaufsicherung würde für die Notenbanken ein Regelwerk ermöglichen, das keinen Raum für Politik benötigt.

2. Weil es – wie auch schon gesagt - keine Vollbeschäftigung geben kann, wenn nicht alles Einkommen wieder zur Nachfrage wird, muß für einen geschlossenen, kontinuierlichen Geldkreislauf gesorgt werden.

3. Wenn wir davon ausgehen, daß die Marktwirtschaft ein ökonomisches System des Leistungsaustausches ist und nur die Arbeit ökonomische Werte schaffen kann, dann müssen die ökonomischen Instrumente so beschaffen sein, daß sie nicht erlauben, daß für die Nicht-Leistung ein Teil des Arbeitsertrages abgezweigt wird. Der Zins als Nicht-Leistungseinkommen ist nur so lange gerechtfertigt, wie er den Preis für ein knappes Gut darstellt, das als Produktionsmittel benötigt wird. Kann der Zins aber erhoben werden, weil institutionell ein Absinken auf Null oder gar unter Null unmöglich gemacht wird, dann ist er eine staatlich geschützte Ausbeutungsrate. Eine Umlaufsicherung würde die Preissinkungssperre für den Zins aufheben und eine andere Einkommens- und Vermögensverteilung, als wir sie haben, einleiten.

4. Wenn die ökologischen Probleme ernsthaft angegangen werden sollen, dann muß der Kosten- und Verteilungsdruck, den der Zins erzeugt, abgebaut werden. Der Versuch über ein Wirtschaftswachstum die Probleme zu lösen, ist ein Irrweg: a) In einer endlichen Welt kann es kein unendliches Wachstum geben. b) Das Wirtschaftswachstum alleine löst weder die Verteilungs- noch das Beschäftigungsproblem. c) Um auch bei einem Null-Wachstum und sinkender Erwerbsbeschäftigungszeit pro Kopf mehr Wohlstand zu erreichen, benötigen wir ein fließendes Geld, das unter allen ökonomischen Umständen uns zuverlässig seinen Dienst erweist.

5. Eine Umlaufsicherung in Form der kontinuierlichen Abwertung des Bargeldes (nicht der Währung), die durch eine Nutzungsgebühr immer wieder auf ihren Nennwert gebracht werden muß, hat im Gegensatz zu einer Transaktionssteuer eine positive Wirkung auf das ökonomische Gesamtsystem. Diese Nutzungsgebühr (für ein öffentliches Verkehrsmittel) ist aber keine Steuer, die beitragen soll, irgendeinen Staatshaushalt zu finanzieren, sondern sie hat sich

in der Höhe ausschließlich an ihrer Funktion zu orientieren. Selbstverständlich gehören Überschüsse der Allgemeinheit. Die Wirkung einer solchen Nutzungsgebühr muß man sich so vorstellen, wie sie bei einer Standgebühr für Eisenbahnwaggons wirkt. Um sie zu vermeiden, werden die Waggons nicht als Lager mißbraucht, sondern möglichst schnell entladen und wieder dem Verkehr übergeben. Eine solche Umlaufsicherungsgebühr auf Bargeld überträgt sich automatisch auf kurzfristiges Kapital, auf das Giralgeld, mit dem sich bisher fast kostenlos an den Börsen spekulieren läßt. Die Umlaufsicherungsgebühr drängt das kurzfristig fluktuierende Kapital in längerfristige Bindungen und wirkt nicht nur auf eine Verteuerung der spekulativen Umsätze an der Börse. Ich schätze, daß eine Transaktionssteuer nicht nur eine weitere Bürokratisierung durch den Aufbau eines Überwachungsapparates mit sich bringen wird, sondern, daß findige Köpfe bald nach Einführung Wege entdecken, diese Steuer zu umgehen.

John Maynard Keynes, der ja den Umlaufsicherungsvorschlag von Silvio Gesell kannte, hatte nun die Idee, das brachliegende Geld einfach a) durch neu geschöpftes Geld zu kompensieren und / oder b) durch eine kreditfinanzierte staatliche Nachfrage, die den Anlegern einen genügend hohen Zins garantiert, zu ersetzen. Die erste Methode führt zur Inflation, weil ja die brachliegenden Ansprüche an den Markt nicht durch das neu in den Umlauf gebrachte Geld gelöscht werden und die zweite Methode führt eben in die Staatsverschuldung. Das Ergebnis war die Stagflation. Gesells Methode, die legitime Ansprüche an den Markt respektiert, die ein stabiles Preisniveau und Vollbeschäftigung ermöglicht und nur die Bargeldhaltung belastet, wurde und wird von der Wissenschaft weitgehend ignoriert und von der Politik abgeblockt. Dieses Wissen mit der Gründung der grünen Partei in die Parlamente zu bringen ist gescheitert. Alle Versuche, das Thema über Petitionen in den Bundestag zu befördern sind bisher ebenfalls gescheitert. Die Geschichte wird zeigen, wie es weitergeht. Vermutlich wird viel neues Leid produziert.

Ich komme zu der nächsten Meldung :

NACHGEFRAGT

(Ergänzung zu dem Bericht: "Schweiz stoppt Höhenflug des Franken" HAZ vom 7. 9. 2011)

(Interview von Jörn Genoux

mit Rolf Langhammer vom Kieler Institut für Weltwirtschaft)

„Der Euro-Raum wird größer“

*Welches Zeichen setzt die Schweizer Notenbank (SNB),
Herr Langhammer?*

Die Zeichen sind klar: Die SNB beurteilt sowohl die nachteiligen Wirkungen für die Schweizer Exporte als auch die möglichen deflatorischen Wirkungen einer weiteren Aufwertung vor dem Hintergrund der sowieso für das nächste Jahr erwarteten deutlichen Abschwächung als sehr ernst für die gesamte Wirtschaft. Daher diese drastische Maßnahme, eine Höchstgrenze für Aufwertung zu fixieren und durchzusetzen.

*Mit »aller Konsequenz" soll der Mindestkurs durchgesetzt werden.
Lässt sich das wirklich durchhalten?*

Ja, solange die SNB die inflatorischen Wirkungen dieser Politik kleinschreibt. Droht die Aufwertung über die Zielmarke zu gehen, verkauft sie Franken gegen ausländische Währungen. Diese Franken schafft sie selbst. Damit erhöht sie die Geldmenge, sofern sie nicht an anderer Stelle gegensteuert.

Was bedeutet dieser Schritt für den Euro?

Der Euro-Währungsraum, der die Staaten umfasst, die sich implizit oder explizit an den Euro binden, wird damit defacto größer. Dies könnte die Vorstufe zu einer expliziten Euro-Bindung des Franken sein und könnte den Euro als internationale Währung stärken. Einfluss auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hat dieser Schritt nicht. Die EZB berücksichtigt grundsätzlich nicht die Interessen der Staaten in ihrer Geldpolitik, die sich außerhalb der Euro-Zone an den Euro binden.

Wie hätten die Alternativen für die Schweiz ausgesehen?

Abgesehen von unrealistischen und untauglichen mengenmäßigen Kapitalverkehrskontrollen wäre die Alternative zum Mindestkurs ein negativer Zins, also eine Strafsteuer, auf die kurzfristigen Kapitalimporte gewesen. Länder wie Schweden, aber auch Chile haben damit vorübergehend gute Erfahrungen gemacht. Das Problem ist: Man hat keine Sicherheit, ob und wie Anleger auf die Strafsteuer reagieren. Man müsste, um das gewünschte Ergebnis zu bekommen, mit dem Zins variieren. Das schafft Unsicherheit. Der Mindestkurs ist das klarere Signal.
(Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 7. September 2011, S.11)

Hier bleibt anzumerken:

1. Es zeigt sich hier mal wieder, daß der Binnenwert (die Preisniveaustabilität) und der Außenwert (die Wechselkursstabilität) einer Währung nicht gleichzeitig erfolgreich angestrebt werden können. Die Wechselkursstabilität zwischen Währungen kann zwischen Vergleichs-

währungen nur stabil gehalten werden, wenn die in Betracht kommenden Währungen nach innen stabil sind. Die Interventionspolitik auf den Devisenmärkten der Notenbanken erhöhen nicht die Stabilität, sondern beschwören geradezu die Instabilität herauf, weil die Großspekulantanten aufgrund der Beobachtung der Märkte und der Notenbanken ablesen können, wann die Notenbanken in den Devisenmarkt eingreifen werden.

2. Wenn jetzt aufgrund der Unsicherheiten auf den Finanz- und Devisenmärkten eine erhöhte Nachfrage nach den vermeintlichen oder tatsächlich sicheren Schweizer Franken stattfindet und dadurch sein Kurs über seine Kaufkraftparität gedrückt wird, dann ist das für die Schweizer Exporteure in zweierlei Weise ärgerlich: a) Im internationalen Preisvergleich werden die Waren, die sie exportieren, teurer. (Die ausländischen Käufer müssen mehr von ihrer eigenen Währung aufwenden, um die Rechnung, die auf SFr. lautet, bezahlen zu können. b) Die Schweizer Exporteure, die ihre Rechnungen in ausländischer Währung fakturieren, haben beim Eintausch der ausländischen Währung in SFr. eine Erlöseinbuße. Aber in diesem Zusammenhang von einer Deflation zu sprechen - wie es Rolf Langhammer tut -, ist meines Erachtens fehl am Platz. Aber die Stützungskäufe der schweizerischen Nationalbank werden zu einer Inflationierung des SFr. führen. Der Schaden, den die Importeure durch den überbewerteten Franken jetzt erleiden, wird auf alle Schweizer verteilt. Es werden mal wieder Verluste sozialisiert. Und das größere Übel ist, daß alle langfristigen Verträge - soweit sie nicht mit einer Indexklausel versehen sind - auf Werte in Geld bezogen - verfälscht werden.

3. Zur Wirkung eines negativen Zinses in diesem Zusammenhang (Von Langhammer als Strafsteuer bezeichnet.): Es ist sicher so, daß alles in der Wirtschaft, was nicht längerfristig mit Sicherheit kalkuliert werden kann, Unsicherheit erzeugt. Ein sporadisch von den Banken eingesetzter negativer Zins wäre ein Unsicherheitsfaktor. Aber wenn die Schweizer Nationalbank die Umlaufsicherung des Geldes einführen würde, dann würden nicht nur die beschriebenen positiven Wirkungen eintreten, sondern zusätzlich Ausländer abgeschreckt, die nur ihr ausländisches Geld (z. Zt. wohl hauptsächlich Euros) in Schweizer Franken umtauschen wollen, um diese dann in der Schweiz auf deren Geschäftsbanken zu parken. Da sich die Umlaufsicherung des schweizerischen (Bar-)Geldes auf das Giralgeld überträgt, würde das Parken von Geld der Ausländer in der Schweiz teuer und unattraktiv. Die Schweizer sollten sich auch überlegen, ob sie nicht die EU auf Schadenersatz verklagen können, denn der Schweizer Franken kommt ja nur deshalb unter Druck, weil die Mitglieder der EU die Euro-Währung nicht so gestalten, wie sie nach innen und außen am verträglichsten ist.

Wie sind folgende Zeitungsberichte zu bewerten?

Die erste Nachricht ist schon alt und zwar vom 4. 7. 2009. Aber gerade durch ihr Alter zeigt die Meldung, daß ökonomische Probleme nicht durch Aussitzen und Wiederholen untauglicher Instrumente aus der Welt zu schaffen sind.

Lob für die Arbeit von „Helikopter-Ben“
„Hannover Banking & Finance Colloquium“
beschäftigt sich mit der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank

VON DIRK STELZL (HAZ vom 4. 7. 2009)

Hannover. An der Wall Street hat man dem amerikanischen Notenbankchef Ben Bernanke einen Spitznamen gegeben: „Helikopter-Ben“ nennen dort manche den früheren Wirtschaftsprofessor, seit er vor Jahren einmal in Anspielung auf Milton Friedman gesagt haben soll, im Extremfall könne eine Zentralbank auch aus dem Hubschrauber Geld abwerfen und unter das Volk bringen. Die Regierung der USA habe eine Technologie - „genannt Druckerpresse“ -, die es erlaube, so viele Dollar wie gewünscht nahezu ohne Kosten zu produzieren.

Diesem Ruf wird Bernanke momentan gerecht: Er versorgt die amerikanische Volkswirtschaft reichlich mit Geld. Die Notenbank hat nicht nur die Zinsen auf beinahe null Prozent gesenkt, sondern kauft auch in großem Stil Anleihen und andere Wertpapiere auf. Die Geldpolitik der US-Notenbank sei angesichts der schweren Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise notwendig, um die Märkte zu beruhigen, sagte der Münchener Wirtschaftsprofessor Gerhard Illing am Donnerstagabend beim ersten „Hannover Banking & Finance Colloquium“ im hannoverschen Börsensaal, einem Gedankenaustausch von Wirtschaftswissenschaftlern und Bankpraktikern. ...

Es sei gut, dass bei der Federal Reserve (Fed) zurzeit Bernanke am Ruder sei, sagte der Makroökonom Illing, der sich mit dem Thema „Quantitative Lockerung der Geldpolitik: Der Königsweg aus der Finanzkrise?“ beschäftigte. Die Notenbank versuche alles, die bei der Wirtschaftskrise im Jahr 1929 begangenen Fehler zu vermeiden. Damals betrieb die Zentralbank eine restriktive Geldpolitik.

Wenn eine Normalisierung des Finanzsektors gelinge, könne die Notenbank mit den unterbewerteten privaten Wertpapieren, die sie aufgekauft hat, später sogar „enorme Bewertungsgewinne“ erzielen. Wichtig sei jedoch, dass die Liquidität wieder rechtzeitig abgezogen werde, erklärte Illing. Bisher gebe es keine Anzeichen für einen Anstieg der Inflationserwartungen.

Damit sich nach der Überwindung der Krise ein solcher Spuk nicht

wiederholt, müsse allerdings der Finanzsektor stärker reguliert werden, warnte Illing. ...

Wir setzen uns nicht dem Verdacht aus, daß wir Verschwörungstheorien huldigen, wenn wir sagen, daß die Politik von Interessen geleitet ist. Der Tatbestand drückt sich nicht nur in unterschiedlichen politischen Parteien und in den innerparteilichen Richtungskämpfen aus, sondern auch in dem verdeckten und offenen Lobbyismus. Siehe dazu auch die beiden nachfolgenden Stichworte mit den dazugehörigen Links:

Lobbyismus ist eine aus dem Englischen übernommene Bezeichnung (*Lobbying*) für eine Form der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft
<http://de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus>

Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände und deren Vertreter

<http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/lobbyliste/index.html>

Lobbyismus ist nun aber nicht nur der Kampf um ein größeres Stück vom volkswirtschaftlichen Kuchen, die Abwehr einer Steuer oder einer gesetzlichen Einschränkung des Handelns einer bestimmten Gruppe etc., sondern auch um Ringen von richtigen Lösungen für bestimmte Probleme. Es kann daher vorkommen, daß unterschiedliche Parlamentarier wie auch Lobbyisten die gleichen Zielvorstellungen haben, sich aber in die Haare kriegen, weil sie sich für unterschiedliche Zielerreichungsmaßnahmen einsetzen.

Den Menschen, die sich mit den Ergebnissen der Freiwirtschaftsschule beschäftigen und die Ergebnisse auf ihre heutige Gültigkeit und Anwendbarkeit überprüfen, wird nicht selten der Vorwurf gemacht, daß sie viel Zeit auf die Theorie verwenden, aber nichts praktisches leisten würden. Dieser Vorwurf übersieht, daß die Arbeit dieser Schule bisher fast ganz ehrenamtlich und nebenberuflich geleistet wurde, und daß die Vertreter der Freiwirtschaftsschule in der Regel auch auf anderen gesellschaftlichen Baustellen mit mehr Praxisbezug tätig sind. Für mich gilt immer noch und sogar zunehmend der Ausspruch meines verstorbenen Freundes im Geiste, Elimar Rosenbohm, daß nichts so praktisch sei, wie eine gute Theorie. Und an guten - allgemein anerkannten und praxistauglichen - Theorien fehlt es offensichtlich, wenn wir die Ergebnisse der Wirtschafts- und Währungspolitik anschauen. Da dieser Zustand schon ewige Zeiten andauert, eine allgemeine Verschwörung mit dem Ziel, die Desorientierung aufrecht zu erhalten, ausgeschlossen werden kann und wir hier keinen Gegenstand der Metaphysik vor uns haben, muß im System der Erkenntniserarbeitung und -verbreitung der Wurm drin sein. Die Frage ist also, sind die Wirtschaftswissenschaften und mit ihr die verwandten Gesell-

schaftswissenschaften ein Augiasstall? Wenn Ja: Wie kann heute die Rolle des Herakles besetzt werden, und wie könnten seine heutigen Hilfsmittel, die Flüsse in der Sage, aussehen, mit dem ihm das Gelingen könnte?⁸

Das Hubschrauber-Geld-Modell, dessen Erfinder Milton Friedman sein soll, hat erst einmal etwas Befreiendes, denn es besagt, daß wir, um die nötige Geldmenge für den gesellschaftlichen Güter- und Leistungsaustausch unterzubringen, keine bestimmte Institution oder ein bestimmtes Verfahren - z.B. die Verschuldung der Geschäftsbanken bei der Notenbank (Zentralbank) - benötigen. Auch der Hinweis auf die Notenpresse ist befreiend, weil damit gesagt wird, daß wir nicht Gold in den Keller oder Korn auf den Speicher deponieren müssen, um das nötige Geld schaffen zu können, ohne das eine arbeitsteilige Wirtschaft gar nicht mehr möglich ist. Friedman konnte und Bernake kann so argumentieren, weil das Geld seinen Wert durch seine Funktion hat und im Wert bestimmt wird durch das Verhältnis von den Gütern, die zur Zeit im Markt sind und die summenmäßige Menge an Geld, das im Umlauf ist (Quantitätstheorie des Geldes). Dieser Zusammenhang wurde durchgängig von Silvio Gesell, der die Freiwirtschaftsschule begründet hat, gelehrt. Friedman hat für die Wiedereinführung dieser Theorie in die Wirtschaftswissenschaft den Nobelpreis erhalten.

Aber nach dem befreienden Gedanken kommen die sorgenvollen Fragen, wie handhaben wir das richtig? Da das Geld Ansprüche auf Güter im Markt (abstrakte Eigentumsansprüche) repräsentiert, gilt die Mahnung meines verstorbenen Freundes im Geiste, Karl Walker, zu beachten, die unter Einschluß der Werttheorie besagt, daß keiner zu Geld kommen darf, der nicht vorher dem Markt einen entsprechenden Wert hinzugefügt hat. Dieser Forderung wäre leicht nachzukommen, wenn Markt ein Ort wäre, wie die (alte) Gepäckaufbewahrung: Man gibt z.B. einen Koffer ab und erhält eine Quittung. Später legt man die Quittung vor und bekommt den Koffer. Kein zweiter kann einem so die Verfügung über den Koffer streitig machen und niemand kann hier Quittungen ausgeben (schöpfen), ohne daß ein entsprechender Gegenstand (entsprechende Ware) abgegeben wurde. Das Geld ist nun aber eine Quittung eben nicht für ein bestimmtes Gut, sondern für ein Quantum an den Gütern, die sich in der Aufbewahrung, im Markt befinden und zudem ist das Geld keine Quittung für einen Nachweis, das zur einmaligen Abholung von Gütern aus dem Lager ermächtigt, sondern es ist ein Transportmittel wie z. B. ein Taxi, mit dem wiederholt und an verschiedenen Orten Passagiere befördert werden können. Es ist also nicht egal, wie viel Geld mit der Notenpresse hergestellt

8 Zur Bedeutung dieser Geschichte siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Augias>

wird! Und daß ein Abwurf von Geld mit dem Hubschrauber verletzt auch jene Regel, die besagt, daß keiner zu Geld kommen darf, der nicht vorher einen entsprechenden Gegenwert dem Markt zugefügt hat.

Die Notenbanken bemerken nun immer wieder – egal ob in Amerika oder Europa -, daß die von ihr herausgegebene Geldmenge gar nicht wirksam auf dem Markt nachfragt, sondern in die verschiedensten Horte⁹ wandert. Das macht nichts, sagt die herrschende Notenbankpraxis, dann kompensieren wird das brachliegende Geld einfach mit neu geschöpftem Geld. Diese Praxis ist aber genauso, als wenn der Verwalter einer Gepäckaufbewahrung für Gegenstände, die nicht zu einem vereinbarten Zeitpunkt abgeholt wurden, neue Verfügungsberechtigungen unter den Passanten im Bahnhof verteilen würde.

Wenn jetzt die Notenbanken ohne Rücksicht auf die für die Preisniveaustabilität nötige Geldmenge Schuldtitel von Staaten aufkaufen, dann ist das nicht nur im Hinblick auf eine Inflationierung der betreffenden Währung zu kritisieren, sondern auch auf Grund der Verletzung ihrer Funktion. Eine Notenbank ist keine Geschäftsbank und kann auch kein Geldbeschaffungsinstitut für Staatshaushalte sein und sie hat auch nicht Dienerin der Außenwirtschaft zu sein, indem sie eine Kurspflege am Devisenmarkt betreibt. Hinzu kommt – daß in der Regel die Entscheidungen der Notenbanken größere Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben, als die Parlamente. Vom demokratischen Standpunkt aus wäre es erforderlich, die Notenbanken einem Regelwerk zu unterwerfen, das keinen Spielraum für Politik läßt oder die Notenbankleitung einem demokratisch gewählten Notenbankparlament zu unterstellen. Die zweite Möglichkeit halte ich aber nicht für praktikabel. Stellen wir uns vor, das allgemeine Parlament beschließt eine Rentenerhöhung von zwei Prozent und das Spezialparlament der Notenbank beschließt eine Inflationsrate von 2%. Die Wirkungen der beiden Beschlüsse wären nicht identisch, würden aber für die Rentner wie eine Aufhebung der Rentenerhöhung wirken.

EZB legt eine Zinspause ein Aussichten in Euro-Zone verschlechtert

VON MARTIN DOWIDEIT (HAZ vom 9. September 2011)

... Die Zentralbank hat zuletzt Staatsanleihen mehrerer Euro-Länder aufgekauft und diesen damit den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert. Der

9 Das Horten ist im Gegensatz zum Nachfragen und Sparen der große Störfaktor in der Ökonomie, weil er den Güterfluß von der Produktion zum Verbrauch und den Geldkreislauf unterbricht.

Schritt ist vor allem in Deutschland umstritten und zuletzt etwa von Bundespräsident Christian Wulff öffentlich kritisiert worden.

Auch die EZB hat Bauchschmerzen wegen der Käufe, da sie - wie der Fall Italien gezeigt hat - schnell in politische Ränkespiele hineingezogen werden kann. Trichet ließ gestern offen, ob die Notenbank auch in den kommenden Wochen auf den Märkten eingreifen werde.

Die Volkswirte der Notenbank rechnen jetzt mit einem geringeren Wirtschaftswachstum in diesem Jahr als noch vor drei Monaten. Statt eines Zuwachses von 1,5 bis 2,3 Prozent erwarten sie jetzt noch 1,4 bis 1,8 Prozent in der Euro-Zone. Für kommendes Jahr rechnen sie mit 0,4 bis 2,2 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit einer Preissteigerung jenseits des EZB-Ziels von 2 Prozent 2012 ist nach Ansicht der Volkswirte zurückgegangen.

Diese Einschätzungen seien „bedeutende Änderungen“, so Julian Callow, Ökonom bei der britischen Großbank Barclays Capital. Denn damit werde eine Zinssenkung durch die EZB wahrscheinlicher, sollten sich die Wachstumsaussichten weiter eintrüben. Bis vor wenigen Wochen waren viele Beobachter noch eher von einer Zinserhöhung vor dem Jahresende ausgegangen.

Auf seiner vorletzten Pressekonferenz als Präsident der EZB hielt Trichet ein flammendes Plädoyer für den Euro. Angesprochen auf sich mehrende Wünsche in Deutschland, dass eine Rückkehr zur D-Mark vielleicht nicht das Schlechteste wäre, geriet er in Fahrt. „Ich würde gerne Glückwünsche hören“, sagte er - dafür, dass die EZB das geleistet habe, wofür sie vor 13 Jahren ins Leben gerufen worden sei: Preisstabilität zu garantieren. Die Inflation sei seitdem niedriger als jemals zuvor in irgendeinem Euro-Land, Deutschland eingeschlossen.

Auch die deutsche Kritik an den Staatsanleihekäufen wies er zurück. Dazu sei die EZB nur gezwungen, weil sich die Euro-Länder nicht an die Vorgaben des Stabilitätspaktes hielten. Deutschland und Frankreich hätten dessen Schwächung 2004 selbst vorangetrieben.

Hier bleibt anzumerken:

a) Eine Notenbankpolitik, die 1992 in den USA die Währungs- und Wirtschaftsprobleme nicht gelöst hat, soll die von 2011 in Europa lösen.

b) Die Vertreter der Freiwirtschaftsschule, die immer schon auf die meist destruktiven Wirkungen hingewiesen haben, wurden für ihre Hinweise verhöhnt. Aber es vergeht fast kein Tag, wo nicht über Sorgen und Freuden über fallende und sinkende Zinssätze berichtet wird.

c) Obwohl das Instrument Zinssatz und Inflation als Zuckerbrot und Peitsche ihre steuernde Wirkung für die Preisniveaustabilität und für die Konjunktur schon lange verloren haben, wird immer noch so getan, als seien sie die Lösung für unsere ökonomischen Probleme.

d) Auch die Hoffnung auf das Wachstum als Problemlöser ist verfehlt, weil – wie schon häufig gesagt – es kein unbegrenztes Wachstum in einem endlichen Raum geben kann und weil die Verteilungsprobleme damit auch nicht gelöst werden können. Das Verfügungsrecht über das zusätzliche Quantum an Gütern ist mit ihrer Erstellung schon vergeben.

e) Die Rückkehr Deutschlands zur DM oder die Teilung des Euros in Euro-Nord und Euro-Süd hätte nur dann einen Vorteil gegenüber dem jetzigen Zustand, wenn sie als wirkliche Währungsreformen durchgeführt würden. Bleibt währungspolitisch alles beim Alten, dann sind sie nur eine zusätzliche Belastung. Ist man zu einer wirklichen Währungsreform bereit, dann kann sie auch mit dem Euro durchgeführt werden.

f) Eine Währungsstabilität mit 2% Geldwertverlust pro Jahr ist auch eine Inflation.

g) Jean-Claude Trichet ist bestimmt ein ehrenwerter Mann. Wenn er durch die praktizierte Währungspolitik in Deutschland etwas als der Buhmann gesehen wird, so ist das bestimmt nicht in seinem Charakter oder in einer nationalistischen oder auch internationalistischen Haltung begründet, sondern in seinen theoretischen Vorstellungen von einer richtigen Währungspolitik.

Abgang eines Euro-Hüters lässt die Börsen zittern

Jürgen Stark will mitten in der Krise nicht mehr EZB-Chefvolkswirt sein

VON ALBRECHT SCHEUERMANN (HAZ vom 10./11. 9. 2011)

Hannover / Frankfurt

Die Nachricht war nur ein paar Zeilen lang, aber sie hatte es in sich: Kaum hatte die Europäische Zentralbank (EZB) am frühen Nachmittag in Frankfurt den geplanten Rücktritt von Jürgen Stark gemeldet, kamen die Aktienmärkte in ganz Europa ins Rutschen. Der Euro-Kurs stürzte ab, dagegen erreichten deutsche Staatsanleihen als beliebte Zuflucht des Kapitals Rekordwerte. Mit dem Rückzug des EZB-Chefvolkswirts geht schließlich ein Mann von Bord, der als ein Garant für einen stabilen Euro galt.

Eigentlich wäre der Vertrag von Stark noch bis Ende Mai 2014 gelaufen. Offiziell hüllte man sich zu den Motiven der Entscheidung in Schweigen. Die EZB sprach lapidar von „persönlichen Gründen“. Hinter den Kulissen wurde jedoch eine klare Begründung genannt:

Der Ökonom Stark ist mit dem Kurs der Europäischen Notenbank in der Euro-Schuldenkrise nicht einverstanden - und wollte deshalb nicht länger als Chefvolkswirt mit Sitz und Stimme im EZB-Rat dafür mitverantwortlich gemacht werden.

Ein Dorn im Auge sind Stark in erster Linie die Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB. Um einen Absturz der Märkte zu verhindern, hat die Währungsbehörde nun schon für weit mehr als 100 Milliarden Euro Anleihen von als kritisch geltenden Schuldnerländern von Griechenland bis Italien angekauft. Dies gilt als Tabubruch, weil die Notenbank damit indirekt zur Geldquelle für Staatshaushalte wird. Genau dies soll auch schon der Hauptgrund für den Abgang von Bundesbank-Präsident Axel Weber im Februar gewesen sein. ...

Wenn der Bürger über eine staatliche Einrichtung bekümmert ist, denkt er ja leicht, daß er eine Institution mit einer monoistischen Struktur vor sich hat, in der die dort beschäftigten Menschen im Denken gleichgeschaltet sind und entsprechend handeln. Im Fall der EZB kann man wieder einmal beobachten, daß dies nicht der Fall ist. Hier wird deutlich, daß es auch in staatlichen oder wie bei der EZB in zwischenstaatlichen Institutionen zu erheblichen Spannungen kommen kann, wenn auch zur Schadensverhütung und Kaschierung dieser Spannungen von „persönlichen Gründen“ gesprochen wird. Wenn ich auch als Gegner des Mißbrauchs der EZB als Staatsfinanzierer auf Seiten der ausgeschiedenen deutschen Vertreter der EZB stehe, so kann ich mit der Kritik nicht sparen. Die Deutsche Bundes-Bank hat über Jahrzehnte die Möglichkeit gehabt, die Schwächen der praktizierten Handhabung der Währung offenzulegen und bessere Instrumente ans Tageslicht zu befördern. Sie hat es offensichtlich nicht getan, sonst wäre schon die vertragliche Grundlage der EZB besser formuliert und beschlossen worden. Daß wir heute die Probleme der Sanierung der Staatshaushalte und die Gefahr des Zusammenbruchs der europäischen Währung haben, hängt auch mit jenem Führungspersonal zusammen, das aus verdecktem Protest die EZB verläßt. Die hier auftretenden Differenzen und Spannungen, die über Europa hinaus beunruhigend wirken und sicher auch von den Funktionsträgern als Bedrückung empfunden werden, haben ihren Ausgangspunkt in den Forschungsstätten der Wirtschaftswissenschaften.

Weiter:

„Falsches“ Parteibuch bremst Karriere nicht

VON RENÉ WAGNER (HAZ vom 10. 9. 2011)

Auf den CDU-Mann folgt nun ein Sozialdemokrat. Noch ist es nicht offiziell, aber dem Vernehmen nach soll Jörg Asmussen in das Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) einziehen und dort den Christdemokraten und bisherigen Chefvolkswirt Jürgen Stark ersetzen.

Der 1966 in Flensburg geborene Ökonom ist seit Juli 2008 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in dem er zuvor schon unter anderem als Abteilungsleiter für internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik zuständig war. Die Erfahrung dürfte ihm nun gelegen kommen. ...

Ich kann zu Jörg Asmussen nichts sagen, sondern nur fragen, ob er den im Widerstand gegen eine falsche EZB-Politik müde gewordenen Jürgen Stark ersetzen soll, um den Widerstand mit frischer Kraft aufrecht zu erhalten oder ob er - was auf dem Hintergrund von Angela Merkels Europapolitik wahrscheinlicher ist - die deutsche Haltung in der EZB dem der Vertreter der Nutznießerländer der neuen EZB-Politik anpassen soll. M.E. sind beide Haltungen nicht zielführend in dem Sinne, daß die Währungsprobleme und die dadurch mitverursachten fiskalpolitischen Probleme in der einen oder anderen Weise gelöst werden könnten. TA